

Kleine Anfrage

des Abg. Ruben Rupp AfD

und

Antwort

des Ministeriums der Justiz und für Migration

Auskunft über erneute Auseinandersetzung in der Landeserstaufnahmestelle Ellwangen

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die erneute Auseinandersetzung in der Landeserstaufnahmestelle Ellwangen?
2. Wie viele Personen waren konkret an der erneuten Auseinandersetzung in der Landeserstaufnahmestelle Ellwangen beteiligt (bitte alle beteiligten Personen aufschlüsseln in: Alter, Geschlecht und Herkunftsstaat)?
3. Wie viele Personen wurden bei der Auseinandersetzung in der (und um die) Landeserstaufnahmestelle verletzt (sofern bekannt: medizinische Behandlung angeben)?
4. Aus welchen Gründen ist es nach aktuellem Sachstand zu der gewalttätigen Auseinandersetzung gekommen?
5. Gibt es einen Zusammenhang zu der vorherigen Auseinandersetzung in der Landeserstaufnahmestelle Ellwangen am 28. September 2022, als laut Presseberichten rund 100 Personen in einen Streit geraten sind?
6. Wie war der genaue zeitliche Ablauf der gewalttätigen Auseinandersetzung?
7. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung nach diesem erneuten gewalttätigen Vorfall und wann werden diese konkret umgesetzt?
8. Wie will die Landesregierung künftig die Sicherheit der Bewohner, die in einem Radius von zwei Kilometern zur Landeserstaufnahmestelle Ellwangen leben, gewährleisten?

1.10.2022

Rupp AfD

Eingegangen: 19.10.2022/Ausgegeben: 18.11.2022

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Begründung

Nach einer erneuten Auseinandersetzung in der Erstaufnahmestelle Ellwangen des Landes Baden-Württemberg wurden erneut Personen verletzt. Diese Kleine Anfrage soll in Erfahrung bringen, welche Ursachen für die andauernde Eskalation in der Landeserstaufnahmestelle in Ellwangen existieren und wie die Landesregierung gedenkt, diese zu bewältigen.

Antwort

Mit Schreiben vom 11. November 2022 beantwortet das Ministerium der Justiz und für Migration im Einvernehmen mit dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie bewertet die Landesregierung die erneute Auseinandersetzung in der Landeserstaufnahmestelle Ellwangen?

Zu 1.:

Es wird davon ausgegangen, dass es sich bei der in Rede stehenden Auseinandersetzung um den Sachverhalt vom 30. September 2022 in der Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) Ellwangen handelt. Hierbei kam es zu einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen mehreren Bewohnern. Diesbezüglich werden nach derzeitigem Stand Ermittlungen hinsichtlich einer gefährlichen Körperverletzung geführt.

Auseinandersetzung dieser oder ähnlicher Art können in Gemeinschaftsunterkünften, in denen die Bewohner zur Wohnsitznahme verpflichtet sind, nie gänzlich ausgeschlossen werden. Grundsätzlich ist anzumerken, dass es trotz der aktuell hohen Belegung lediglich vereinzelt zu Auseinandersetzungen in der LEA Ellwangen kommt und das Sicherheitsniveau vor Ort nach Auskunft der LEA-Wache und des unabhängigen Sicherheitsberaters als stabil zu bezeichnen ist.

2. Wie viele Personen waren konkret an der erneuten Auseinandersetzung in der Landeserstaufnahmestelle Ellwangen beteiligt (bitte alle beteiligten Personen aufschlüsseln in: Alter, Geschlecht und Herkunftsstaat)?

6. Wie war der genaue zeitliche Ablauf der gewalttätigen Auseinandersetzung?

Zu 2. und 6.:

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen 2 und 6 gemeinsam beantwortet:

Das örtlich zuständige Polizeipräsidium (PP) Aalen erhielt am 30. September 2022 um 16:57 Uhr Kenntnis von einer Auseinandersetzung auf dem Gelände der LEA Ellwangen. Nach derzeitigem Ermittlungsstand ereignete sich die körperliche Auseinandersetzung wenige Minuten zuvor. Die tatbeteiligten Personen wurden durch den Sicherheitsdienst der LEA getrennt und die verletzten Personen erstversorgt.

Beim Eintreffen der ersten Streifenwagenbesatzungen um 17:06 Uhr befanden sich zunächst rund 200 Personen außerhalb der Wohngebäude, wobei sich einige Anwesende von der Örtlichkeit entfernten. Die körperliche Auseinandersetzung war zu diesem Zeitpunkt bereits beendet, gleichwohl herrschte eine aufgeheizte Stimmung. Die genaue Anzahl der konkret an der Auseinandersetzung beteiligten Personen konnte zunächst nicht näher beziffert werden.

Nach derzeitigem Stand ermittelt das zuständige Polizeipräsidium Aalen gegen acht Personen:

- Person 1 – männlich, 27 J., Palästinensische Autonomiegebiete;
- Person 2 – männlich, 25 J., Palästinensische Autonomiegebiete;
- Person 3 – männlich, 20 J., Palästinensische Autonomiegebiete;
- Person 4 – männlich, 23 J., Palästinensische Autonomiegebiete;
- Person 5 – männlich, 19 J., Afghanistan;
- Person 6 – männlich, 22 J., Afghanistan;
- Person 7 – männlich, 19 J., Afghanistan;
- Person 8 – männlich, 20 J., Syrien.

3. Wie viele Personen wurden bei der Auseinandersetzung in der (und um die) Landeserstaufnahmestelle verletzt (sofern bekannt: medizinische Behandlung angeben)?

Zu 3.:

Nach derzeitigem Erkenntnisstand wurden insgesamt vier Bewohner der LEA Ellwangen leicht verletzt. Diese wurden nach einer Erstversorgung durch den Rettungsdienst vor Ort zur Weiterbehandlung dem Krankenhaus Ellwangen bzw. Aalen zugeführt. Dort konnten die vier geschädigten Personen nach ambulanter Behandlung wieder entlassen werden. Über die nähere Art und Umfang der medizinischen Behandlungen liegen keine Erkenntnisse vor. Außerhalb der LEA kam es nach Erkenntnissen des Landes zu keinen Geschädigten.

4. Aus welchen Gründen ist es nach aktuellem Sachstand zu der gewalttätigen Auseinandersetzung gekommen?

Zu 4.:

Die genauen Hintergründe der Tat sind derzeit noch nicht abschließend bekannt. Im Rahmen der Ermittlungen konnte bislang in Erfahrung gebracht werden, dass es im Verlauf eines Kontakts bzw. Gesprächs zwischen einem syrischen Bewohner und drei bis vier afghanischen Bewohnern der LEA zu einer körperlichen Auseinandersetzung kam.

Im weiteren Verlauf dieser Streitigkeit erhielt eine Gruppe von Personen mit palästinensischer Staatsangehörigkeit Kenntnis über die Auseinandersetzung und mischte sich in den Konflikt ein. Dabei wurden die afghanischen Bewohner aus der Gruppe heraus attackiert.

5. Gibt es einen Zusammenhang zu der vorherigen Auseinandersetzung in der Landeserstaufnahmestelle Ellwangen am 28. September 2022, als laut Presseberichten rund 100 Personen in einen Streit geraten sind?

Zu 5.:

Nach derzeitigem Ermittlungsstand bestehen keinerlei Zusammenhänge zwischen den beiden Vorfällen am 28. und 30. September 2022.

7. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung nach diesem erneuten gewalttätigen Vorfall und wann werden diese konkret umgesetzt?

Zu 7.:

Das Land setzt in den Erstaufnahmeeinrichtungen bereits eine Vielzahl von Mechanismen zur Konfliktvermeidung und -bewältigung um. Dabei werden situationsabhängig sowohl präventiv als auch reaktiv Maßnahmen ergriffen. So erfolgt beispielsweise eine ausgewogene Belegung der Unterkünfte, um mögliche Konfliktpotenziale zu minimieren. Dabei wird grundsätzlich auf eine ausgeglichene

Altersstruktur, bestehende Familienverbände sowie auf bestehende ethnische Konflikte Rücksicht genommen. Zusätzlich kommen in Einrichtungen der Erstaufnahme unabhängige Sicherheitsberater zum Einsatz, die potentiell Konfliktpotenzial bereits im Vorfeld erkennen und dadurch Eskalationen verhindern können.

Daneben ist das Sicherheitspersonal angewiesen, bereits frühzeitig in beginnende Auseinandersetzungen einzugreifen. Überdies werden bestehende Konfliktschwerpunkte durch Querverlegungen der festgestellten Initiatoren der Auseinandersetzungen in andere Erstaufnahmeeinrichtungen entschärft.

Diese und weitere präventive Maßnahmen werden fortlaufend auf ihre Angemessenheit und Aktualität hin überprüft und ggfs. an die bestehenden örtlichen Verhältnisse angepasst.

8. Wie will die Landesregierung künftig die Sicherheit der Bewohner, die in einem Radius von zwei Kilometern zur Landeserstaufnahmestelle Ellwangen leben, gewährleisten?

Zu 8.:

Die Auseinandersetzung am 30. September 2022 ereignete sich innerhalb der LEA Ellwangen. Eine Gefährdung der an die LEA angrenzenden Bevölkerung im Stadtgebiet Ellwangen war zu keinem Zeitpunkt gegeben.

Gleichwohl trifft das örtlich zuständige PP Aalen lageorientiert die erforderlichen Maßnahmen zur Verhinderung bzw. Minimierung von Sicherheits- und Ordnungsstörungen im Zusammenhang mit der LEA Ellwangen. Hierfür wurden Einsatzkonzepte entwickelt, die eine lageorientiert angemessene und zeitnahe Intervention ermöglichen. Darüber hinaus betreibt das Polizeirevier Ellwangen regelmäßig verstärkte Präsenzmaßnahmen im Bereich der LEA Ellwangen, der Ortschaft Schrezheim sowie an relevanten Örtlichkeiten im Stadtgebiet.

Diese Maßnahmen dienen u. a. der Erkenntnisgewinnung und ermöglichen im Einsatzfall ein unmittelbares Tätigwerden. Darüber hinaus sind diese ein wichtiger Beitrag für die Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung.

Gentges

Ministerin der Justiz
und für Migration